Aktivitäten des Landesvorstandes

Im Dezember wurden Pläne des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes NRW publik, eine *Stabsstelle für „Extremismusprävention“* einzurichten und damit die Landeszentrale für politische Bildung NRW erheblich zu schwächen. Die DVPB NW hat mit Blick auf diese Pläne eine *Stellungnahme an das Ministerium* versendet, in der bei grundsätzlicher Begrüßung der Stärkung der Extremismusprävention Kritik an den Plänen geäußert wurde. Die Landeszentrale, deren Stärkung im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen explizit vereinbart wurde, genießt in Öffentlichkeit und Fachkreisen ein großes Renommee. Es steht zu befürchten, dass die Pläne zur Umstrukturierung nicht nur zu einer Destabilisierung der Landeszentrale, sondern der gesamten außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung führen, was vor allem auf die Verkürzung des Bildungsauftrags Politischer Bildung auf Extremismusprävention zurückzuführen ist.

Im Februar veröffentlichte der Vorstand ein *gemeinsames Positionspapier mit der GEW NRW* zu einer durch die Bezirksregierungen mit dem Verweis auf das Mäßigungsgebot und eine vermeintliche Neutralitätspflicht versendeten Schul-E-Mail. Diese hat für viel Verunsicherung an Schulen gesorgt. Viele Lehrkräfte hatten infolge des Schreibens daran gezweifelt, ob eine Teilnahme an Demonstrationen gegen Rechts zulässig sei. Gefordert wurde von der Landesregierung nicht nur eine offensive Rückenstärkung von Lehrkräften und deren Einsatz für die Demokratie in herausfordernden Zeiten, sondern auch ein Ausbau von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für alle Lehrkräfte sowie die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien und Handlungsleitfäden.

Die herausgeforderte Demokratie ist auch das Kernthema des diesjährigen *Landesforums „Die demokratische Gesellschaft unter Druck?“*, das am Dienstag, den 12.11.2024 von 9 bis 16 Uhr an der Ruhr-Universität Bochum stattfindet. Derzeit erleben wir vielfältige Bestrebungen aus

dem In- und Ausland, die demokratisch-westlichen Gesellschaften zu destabilisieren. Über soziale Medien wird Hass verbreitet, mit Fake News Verunsicherung erzeugt und das Vertrauen in die Demokratie gezielt ausgehöhlt. Das wirkt sich u. a. in zunehmend gereizten gesellschaftlichen Debatten in Politik und Medien und dem alltäglichen Miteinander aus. Auch wenn Politische Bildung diese Probleme nicht alleine lösen kann, kann und muss sie Angebote für den politischen Dialog eröffnen. Sie muss vor allem die Fähigkeiten zur friedlichen politischen Auseinandersetzung, auch über kontroverse gesellschaftliche Konflikte fördern. Im Mittelpunkt des Landesforums 2024 soll die praktische Erprobung und theoretische Reflexion neuerer Lehr-Lern-Methoden und Kommunikationsinstrumente stehen, die politische Bildner:innen im Rahmen ihrer Bildungsarbeit einsetzen können. Eine Anmeldung zum Landesforum ist über die Homepage der DVPB NW möglich. Im Anschluss an das Landesforum finden die turnusgemäßen Neuwahlen des Vorstands statt. Wir freuen uns über Mitglieder, die Interesse an der Arbeit im Vorstand haben. Gerne können sich Interessent:innen im Vorfeld mit Rückfragen u. Ä. an geschaeftsfuehrung@dvpb-nw.de wenden.

Darüber hinaus bietet die DVPB NW als Mitveranstalterin der Heinrich Böll Stiftung NRW und der Universität Bielefeld eine *Fortbildung für Lehrkräfte und außerschulische Bildner:innen* zur Rolle Politischer Bildung in Zeiten der Krise an. Die Fortbildung mit dem Titel „Doing Future – together“ wird am 27.9.2024 an der Universität Bielefeld als Zukunftskonferenz stattfinden. Gemeinsam mit den Teilnehmenden werden Strategien zur Stärkung der Resilienzfähigkeit von Schüler:innen und Teilnehmer:innen und zur Gestaltung von Zukunft in Zeiten der Krise entwickelt. Eine Anmeldung ist zeitnah über die Homepage der Heinrich Böll Stiftung NRW möglich.

Franziska Wittau,
Landesvorsitzende DVPB NW